

FRAKTIONSINFO, Nr. 1, Januar 2010

Unsere 7 Mitglieder der Regionalversammlung mit Fraktionsgeschäftsführerin:



Von links nach rechts: Mario Bender, Sigurd Gilcher (Politischer Geschäftsführer), Mike Botzet, Dagmar Trenz (Ehrenamtliche Beigeordnete), Manfred Klasen (Stellvertretender Fraktionsvorsitzender), Angela Rösel (Fraktionsgeschäftsführerin), Jürgen Trenz (Fraktionsvorsitzender), Hannelore Vatter

Jürgen Trenz (Friedrichsthal-Bildstock)

Fraktionsvorsitzender

Groß- und Außenhandelskaufmann, geb. 1952
Jürgen Trenz war Mitglied im Stadtverband Saarbrücken und im Stadtrat von Friedrichsthal.

In folgenden Gremien vertritt er die Fraktion:

- Regionalverbandsausschuss
- Ausschuss für Gesundheit
- Ausschuss für Umwelt, Planung und Landwirtschaft
- Sparkassenzweckverband
- Verwaltungsrat Sparkasse Saarbrücken
- Landkreistag Saarland
- Kooperationsrat

Manfred Klasen (Saarbrücken-Burbach)

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Geschäftsstellenleiter, geb. 1961
Von 1989 - 1994 saß Manfred Klasen im Saarbrücker

Stadtrat und von 1994 - 1999 im Bezirksrat West.

In folgenden Gremien vertritt er die Fraktion:

- Regionalverbandsausschuss
- Ausschuss für soziale Angelegenheiten
- Beirat für Sozialhilfe
- Lenkungsgremium Arge
- Mitgliederversammlung Eurodistrikt

Sigurd Gilcher (Püttlingen-Köllerbach)

Politischer Geschäftsführer

Berufsschullehrer, geb. 1945

In folgenden Gremien vertritt er die Fraktion:

- Werksausschuss des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Schulen GBS
- Ausschuss für Regionalentwicklung
- Volkshochschulbeirat
- Mitgliederversammlung EuREGIO

Mario Bender (Kleinblittersdorf-Sitterswald)

Mitglied der Regionalversammlung

Bauunternehmer, geb. 1966

In folgenden Gremien vertritt er die Fraktion:

- Ausschuss für Umwelt, Planung und Landwirtschaft
- Ausschuss für Regionalentwicklung
- Werksausschuss des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Schulen GBS
- Sparkassenzweckverband
- Rechnungsprüfungsausschuss

Michael Botzet (Saarbrücken-Malstatt)

Mitglied der Regionalversammlung

Diplom-Soziologe

In folgenden Gremien vertritt er die Fraktion:

- Ausschuss für soziale Angelegenheiten
- Beirat für Sozialhilfe
- Ausschuss für Gesundheit
- Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft

Dagmar Trenz (Saarbrücken-Malstatt)

Ehrenamtliche Beigeordnete

Germanistin M.A., geb. 1965

In folgenden Gremien vertritt sie die Fraktion:

- Jugendhilfeausschuss
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung

- Werksausschuss des Kultur- und Bildungswerkes
- Volkshochschulbeirat
- Zweckverband Historisches Museum
- Redaktionsausschuss

Hannelore Vatter (Quierschied-Fischbach)

Mitglied der Regionalversammlung

Drogistin, geb. 1948

Von 1994 - 2004 war Hannelore Vatter Mitglied im Ortsrat von Fischbach, wo sie eine Legislaturperiode lang Fraktionsvorsitzende war.

In folgenden Gremien vertritt sie die Fraktion:

- Rechnungsprüfungsausschuss
- Werksausschuss des Kultur- und Bildungswerkes
- Pflegeausschuss Regionalverband
- Rettungszweckverband

Haben Sie Fragen oder Anregungen?

Bitte wenden Sie sich an unsere Fraktionsgeschäftsführerin **Angela Rösel**.

Das Büro von DIE LINKE. Fraktion im Regionalverband Saarbrücken befindet sich im Saarbrücker Schloss, Zi.-Nr. 025 66119 Saarbrücken

Telefon (0681) 506-89 00

Telefax (0681) 506-89 99

info@dielinke-regionalverband.de

www.dielinke-regionalverband.de



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, Freunde und Bekannte der LINKEN.

Vor Ihnen liegt die erste Ausgabe des Infos der Fraktion DIE LINKE. im Regionalverband Saarbrücken. Es war ein langer Weg von den ersten organisierten Protesten gegen Hartz IV und die Agenda 2010 über die

Parteibildung bis hin zur parlamentarischen Vertretung im Regionalverband.

Diese Hürde ist geschafft!

Jetzt geht es darum mit einer engagierten Arbeit gegen Armut, für mehr soziale Gerechtigkeit und für die Zukunft unserer Kinder einzutreten.

Dies wird umso wichtiger, da CDU und SPD eine inoffizielle Zusammenarbeit vereinbart haben. Angesichts der bisherigen Erfahrungen kann hier bestenfalls mit sozialpolitischem Stillstand gerechnet werden. Dem wird DIE LINKE eine konstruktive, aber auch entschiedene Oppositionsarbeit entgegensetzen.

Der Regionalverband Saarbrücken hat wichtige Aufgaben, die von der Zuständigkeit bei der Arge, den Kosten der Unterkunft bei Hartz-IV-Beziehenden,

der Jugendhilfe, der Zuständigkeit für die weiterführenden Schulen bis hin zu Gesundheit, Volksbildung (VHS) und Kultur, Wirtschaftsförderung, Verkehr, Umwelt, Bauaufsicht und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Euro-Distrikt und der EuREGIO reichen.



Eine Menge an Aufgaben, denen wir als Fraktion gerecht werden wollen, und Politikbereiche, denen wir unseren Stempel aufdrücken möchten. Um diese Aufgaben im Sinne der Menschen im Regionalverband Saarbrücken bestmöglich erledigen zu können, sind wir auf Ihre Mithilfe, die Kritik und die Anstöße aus der Partei, aus Projekten, Organisationen und Initiativen angewiesen. Teilen Sie uns bitte Ihre Anregungen, Forderungen und Wünsche mit!

Bei uns stehen die Menschen mit ihren Sorgen und Bedürfnissen im Vordergrund und deshalb sind wir auch jederzeit für Sie da!

Mit diesem Info werden wir Sie in regelmäßigen Abständen über die Arbeit der Fraktion und die anstehenden politischen Initiativen im Regionalverband informieren.

Bisherige Aktivitäten:

Die Fraktion war von Anfang an bemüht, ihr Eintreten für mehr soziale Gerechtigkeit auch in konkrete Initiativen münden zu lassen. Dazu gehört unser entschiedenes Engagement beim Thema „**Schulbuchausleihe**“.

Für DIE LINKE war es selbstverständlich, dass alle Kinder im Regionalverband zum Schulbeginn ihre Schulbücher bekommen, unabhängig davon, ob

die Eltern die fällige Leihgebühr bezahlt hatten oder nicht.

Wie sich am Ende herausstellte, waren die meisten Eltern, die die Gebühr schuldig blieben, berechtigt, einen Antrag auf Befreiung zu stellen, da sie über zu wenig Einkommen verfügten. Im Gegensatz zur Landeshauptstadt hatte die Regionalverbandsverwaltung einige Zeit die Übergabe der Bücher an die Nichtzahler verweigert und dies mit „Gerechtigkeitsaspekten“ begründet. Eine Argumentation, die für DIE LINKE nicht nachvollziehbar war und die nicht im Sinne und im Interesse der betroffenen Kinder sein konnte.

◀ **Ein-Euro-Jobs sind ungeeignet**

Konsequent ist DIE LINKE dafür eingetreten, dass wichtige Aufgaben im Regionalverband nicht über Ein-Euro-Jobs wahrgenommen werden. Vielmehr sollten die Aufgaben mit angestelltem Personal bzw. über Maßnahmen nach § 16e, SGB II und einer (halbwegs) korrekten Bezahlung erledigt werden. Selbst nach Erkenntnissen des Instituts der Bundesagentur für Arbeit und Berufsforschung (IAB) sind Ein-Euro-Jobs nicht geeignet, die Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt zu erreichen. Die Fraktion ist in ihrer Öffentlichkeitsarbeit dafür eingetreten, eine dritte Sportstunde an Schulen einzurichten, im Regionalverband einen Behindertenbeirat zu gründen und die Zuständigkeit für die Sozialhilfe sowie die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bei den Kommunen zu belassen. Gerade bei älteren und behinderten Menschen ist es wichtig, dass sie ihre Angelegenheiten jederzeit vor Ort, in den Heimatgemeinden erledigen können.

◀ **Kooperationsrat ist verfassungswidrig**

In besonders scharfer Form hat sich DIE LINKE gegen die Einrichtung des sogenannten Kooperationsrates gewandt, der aktiv und in unzulässiger Weise in die Rechte der vom Volk gewählten Regionalversammlung eingreift. Dort sollen u. a. die Verwaltungschefs der Gemeinden z. B. über Ausgaben für freiwillige Leistungen, die eine bestimmte Höhe überschreiten, entscheiden. Und das, obwohl diese Damen und Herren in ihren eigenen Stadt- und Gemeinderäten kein Stimmrecht besitzen. DIE LINKE hat dazu ein Gutachten angekündigt, das die Verfassungswidrigkeit des Kooperationsrates untersucht.

Ein erster Erfolg im Personalbereich konnte bei der Besetzung eines wichtigen Widerspruchsausschusses erreicht werden. Der sachkundige und seit Jahren in der Sozialberatung tätige Sozialarbeiter der von den LINKEN unterstützt wurde, konnte einstimmig gewählt werden.

Die Fraktion der LINKEN wird sich für ein bürgerfreundliches und behindertengerechtes Internetangebot des Regionalverbandes einsetzen.

Auch Sehbehinderten und Blinden soll ein „barriere-

freier Zugang“ zum Netz ermöglicht werden.

Ein bürgerfreundliches „Ratsinformationssystem“ soll umfassend über Termine und Tagesordnungen der Regionalversammlung und ihrer Ausschüsse informieren. Zudem soll es möglich sein, alle Antragsformulare über das Netz abzurufen. Ziel ist es, die Arbeit des Regionalverbandes und der gewählten Vertreter/innen für die Bürgerinnen und Bürger transparenter zu machen. Ein entsprechender Antrag wurde auf den Weg gebracht.

Service-Ecke:

Unabhängige Beratungsstellen und Projekte im Regionalverband Saarbrücken, die Sozialberatung (Hartz IV, Grundsicherung etc.) anbieten:

- gabb-Burbach, Tel. 06 81 - 761 67 48, Mail: info@gabb-saar.de
- Diakonisches Zentrum Völklingen, Tel. 068 98 - 914 76-20 und 914 76-21
- Gemeinwesenprojekt Werdener Berg, Tel. 068 98 - 165 40, Mail: GWA-Wehrdener-Berg@quarternet.de

Sozialberatung für Menschen in den jeweiligen Stadtteilen in Saarbrücken.

- BürgerInnenzentrum Brebach, Tel. 06 81 - 877 64, Mail: bzb@quarternet.de
- Gemeinwesenprojekt Wackenberg, Tel. 06 81 - 859 09-10, Mail: paedsack@quarternet.de
- Stadtteilbüro Alt-Saarbrücken, Tel. 06 81 - 512 52, Mail: GWA-AltSaarbruecken@quarternet.de
- Stadtteilbüro Malstatt, Tel. 06 81 - 947 35-0, Mail: sbm@quarternet.de
- Zukunftsarbeit Molschd, Tel. 06 81 - 761 56 10, Mail: ZAMGWA@quarternet.de

Alle Informationen zu den Beratungsstellen stammen aus frei verfügbaren Quellen (dem Internet). Die Beratungsstellen stehen in keinerlei näherem Verhältnis zur Fraktion!

◀ Tipps und Infos:

Beim Gang zur Arge oder zum Grundsicherungsamt kann grundsätzlich jede „Kundin“ und jeder „Kunde“ von einem „Beistand“ begleitet werden. Dies kann ein Sozialarbeiter bzw. eine Sozialarbeiterin sein, eine sonst wie sozial erfahrene Person oder einfach ein guter Freund, eine gute Freundin.

Ein solcher „Beistand“ macht auf jeden Fall Sinn, wenn ein Zeuge gebraucht wird, zum ersten Mal die Arge aufgesucht wird, eine Eingliederungsvereinbarung ansteht

oder schlicht „mit Ärger“ gerechnet werden muss. Spätestens im letzteren Fall ist es wichtig, mit einer Beratungsstelle (siehe Service-Ecke) Kontakt aufzunehmen.

Im Falle des Bezugs von Hartz-IV-Leistungen wird jeder und jede früher oder später aufgefordert werden, eine sogenannte „Eingliederungsvereinbarung“ zu unterzeichnen. In diesem Fall sollte man darauf bestehen die Vereinbarung, vor der Unterschrift, mit nach Hause nehmen zu dürfen. Nur dann kann man von dritter Seite prüfen lassen, ob sich evt. „negative“ Formulierungen in dem Text finden lassen.